Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 329. Sonnabend den 25. November 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 26. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 12. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum **9. December dss. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 70. Bekanntmachung, die Anleihe der Stadtgemeinde Waldheim betreffend; vom 4. October 1882.
" 71. Bekanntmachung, die Anleihe der Stadtgemeinde Hohenstein betreffend; vom 9. October 1882.
" 72. Bekanntmachung, eine Prioritäts-Anleihe des Hainichener Steinkohlenbau-Vereins betreffend; vom 10. October 1882.
" 73. Bekanntmachung, die Eröffnung des Betriebes der Theilstrecke Kirchberg-Saupersdorf der Wilkau-Saupersdorfer Secundäreisenbahn und der Theilstrecke Hainsberg-Schmiedeberg der Hainsberg-Dippelswalde-Kipsdorfer Secundäreisenbahn betreffend; vom 26. October 1882.
" 74. Verordnung, die am 10. Januar 1883 vorzunehmende Viehzählung betreffend; vom 7. November 1882.
" 75. Verordnung, das Verhalten der Schulbehörden bei dem Auftreten ansteckender Krankheiten in den Schulen betreffend; vom 8. November 1882.
" 76. Bekanntmachung, die Anleihe der Stadtgemeinde Grimma betreffend; vom 28. October 1882.
" 77. Ausführungs-Verordnung zu der kaiserlichen Verordnung vom 24. Februar 1882 über das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum; vom 4. November 1882.
" 78. Verordnung, die Lagerung und Aufbewahrung von Mineralölen betreffend; vom 6. November 1882.

Leipzig, am 22. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 25. November 1882, 3 Uhr Nachmittags, sollen im gerichtlichen Auctionslocale, Eingang von der kleinen Burgstraße, 3 Stück Buderfirmaschinen, ca. 200 Stäbe Gußstahl, 8 Körbe Futtern, 25 Patentfuhrwagen, 8 Fleischerkörbe, 70,000 Birch- und Fichtenreisern, 100 Satz Bettkasten, 2 neue Brückenwagen, 200 Stück Futterschlüssel und verschiedene andere Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 22. November 1882.

Thierbach, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Diejenigen Geschäftsleute, welche Muster für die Cantine des 2. Bataillons 8. Inf.-Regiments Nr. 107 niederlegten, werden ersucht, dieselben bis spätestens den 27. ds. Mts. im Zimmer Nr. 159, interne B abzuholen, da bei späterer Abforderung die Verwaltung keinerlei Verantwortung gewährt.

Förster,
Major und Bataillons-Commandeur.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 25. November 1882.

* Obgleich die Ausschüsse des Bundesrathes lebhaft mit der Vorberathung der Specialetats beschäftigt sind, werden doch hin und wieder auch andere Gegenstände von Bedeutung mit in Berathung gezogen. So stand vor Kurzem in einer Ausschußsitzung auf der Tagesordnung auch die Prüfungsordnung für Aerzte, deren Erledigung sich immer noch nicht absehen läßt. Zu dieser Frage, welche nunmehr seit fünf Jahren in der Schwebe ist, sind neuerdings wieder verschiedene Anträge nicht unwesentlicher Art von den Bundesstaaten eingegangen, so daß sich die Bevollmächtigten genöthigt gesehen haben, hierzu von ihren Regierungen neue Instructionen zu erbitten. Danach ist an die Erfüllung der Hoffnung, die Verordnung noch in diesem Jahre publicirt zu sehen, nicht zu denken. Indessen glaubt man im Bundesrathe trotz der neuen Verzögerung die Prüfungsordnung doch in den ersten Monaten des kommenden Jahres endgültig feststellen zu können. Was die von ärztlicher Seite in diesem Sommer gestellten Anträge anbelangt, die Prüfungen der Mediciner auch auf Specialfächer, z. B. Psychiatrie, auszudehnen, so scheint innerhalb der Regierung nur wenig Neigung vorhanden zu sein, darauf einzugehen, da sonst eine Abgrenzung sich kaum noch finden lassen dürfte. Derartige Anträge dürften deshalb der Abschluß der Frage nicht mehr aufzuhalten vermögen.

* Die Eröffnung des italienischen Parlaments bildet einen bedeutsamen Markstein am Wege der zeitgeschichtlichen Entwickelung. So wenig eine politische Wendung auf europäischem Boden unter Ausschluß Italiens denkbar ist, so sehr muß jede auf Correctheit Anspruch machende staatsmännische Berechnung kommender Ereignisse, sich Italiens als wichtigen Factors zu versichern, bestrebt sein. Der Wortlaut der vom König Humbert verlesenen Thronrede scheint nun ganz geeignet, die Gönner und Beschützer des europäischen Friedens mit frohen Hoffnungen zu erfüllen. Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade in letzter Zeit die Friedensbürgschaften sich häufen, und daß die in Berlin wie in Wien größte Auslegung der politischen Lage von so verschiedenen Seiten hier Anerkennung und Zustimmung findet. Die italienische Thronrede beweist der aller Welt, daß die Ueberlieferungen Victor Emanuels und Cavours keinen Gegensatz zu den Voraussetzungen bilden, auf denen die heute in Europa dominirende Tendenz der internationalen Politik basirt, sondern daß Italien, indem es das Werk der inneren Reform an die Spitze seines Actionsprogramms stellt, sich wohl bewußt ist, seinen Interessen als europäische Großmacht den besten Dienst zu erweisen.

* Seit der neulichen Charakteristik der Finanzen Frankreichs durch Herrn Léon Say wollen die Gerüchte, welche dem Ministerdasein des Herrn Tirard nur noch wenige Tage gönnen, nicht mehr zur Ruhe kommen. Vielfach hört man die Candidation Say's selber nominiren. Wenn nicht geleugnet werden kann, daß der von Léon Say geführte Schlag ein ernstgemeinter war und zugegeben werden muß, daß dessen Wirkung die gehofften Erwartungen eher übertroffen hat, als hinter denselben zurückgeblieben ist, so liegt auf der Hand, daß das Cabinet Duclerc, bezüglich des Finanzamtes, sich mit dem Gedanken einer Neuerung wird vertraut machen müssen, um sich selbst zu salviren. Die theilweise Krise ist vorhanden, wenn auch einstweilen noch in localem Zustande. Die Frage ist nur, ob eine parlamentarische oder außerparlamentarische Lösung derselben den Bedingungen der augenblicklichen Lage am besten entspricht.

* Man meldet der „Pol. Corr." aus London, daß sich zwei englische Generäle nach Quettah begaben, um das Project der Verbindung des indischen Eisenbahnnetzes mit Beludschistan durch Fortsetzung desselben von Sibi bis Quettah einer Prüfung zu unterziehen. Andererseits verlautet, daß die indische Regierung beschlossen habe, die Eisenbahn von Sibi nach Quettah nicht zu vollenden, sondern an Stelle dieser Bahn eine neue Straße über den unteren Bolan-Paß zu bauen.

* Die Differenz zwischen England und Spanien bezüglich der Auslieferung der in Gibraltar gelandeten cubanischen Flüchtlinge dürfte nach Ansicht der „Italie" folgende Lösung finden: Das Londoner Cabinet würde sich darauf beschränken, in freundschaftlichem Wege die Amnestirung der drei Flüchtlinge zu reclamiren. Das chevaleresse Spanien würde dieselbe gewähren, während die englischen Beamten, deren Leichtsinn diesen unangenehmen Verfall verursacht hat, abgesetzt würden.

* Das herrschende Regierungssystem in den Vereinigten Staaten hat durch die am 7. November stattgefundenen Congreß- und Staatenwahlen einen empfindlichen Stoß bekommen. Ueberall regt sich der Unwille gegen die Maximen des Präsidenten Chester A. Arthur, der weniger das Wohl des ihm anvertrauten Landes, als die größtmöglichste Ausbeute für seine Partei der Stalwarts im Auge zu haben scheint. Umsonst ist freilich der Präsident von seinem Ehrensitz im weißen Hause herabgestiegen und hat mit seinen Freunden, den Conkling und O'Brien, die Wahlen geleitet; seine Gegner haben ihn besiegt, die Partei der Demokraten hat bei vielen Wahlen gewonnen. Die Repräsentanten-Kammer wird aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft 196 Demokraten und 123 Republikaner zählen, während im Senate noch 40 Republikaner gegen 36 Demokraten vorhanden sein werden. Der Staat New-York vor Allem hat ein vernichtendes Urtheil über die Arthur'sche Politik gefällt. Die Majorität Grover Cleveland's, des demokratischen Candidaten, über Chas. J. Folger beträgt 194,600 Stimmen. Der demokratische Candidat für das Amt des Lieutenant-Gouverneurs, Major Hill von Elmira, hat seinen Gegencandidaten mit 190,000 Stimmen geschlagen, General Slocum den seinigen mit 107,000. Etwas hinter den übrigen Candidaten der Demokraten ist Richter Ruger zurückgeblieben, der seinem Mitbewerber um die Oberrichterstelle des Appellhofs, Richter Andrews, mit etwa 73,000 Stimmen voraus ist. Das Constitutions-Amendement, betreffs freier Canalschifffahrt, ein wirksames Hinderniß gegen die Uebergriffe der Eisenbahnen im Staate New-York, soll mit über 200,000 Stimmen angenommen werden sein und dasjenige betreffs einer Aenderung in der Gerichtsverfassung des Staates mit ungefähr 55,000 Stimmen. Alabama, Arkansas, Delaware, Florida, Indiana, Georgia, Kentucky, Louisiana, Maryland, Missouri, Mississippi, New-Jersey, North-Carolina, South-Carolina, Tennessee, Texas und Wisconsin und zum Theil Pennsylvanien, Massachusetts und Connecticut haben demokratisch gewählt. California ist wahrscheinlich auch demokratisch, und diesmal hat die Chinesenfrage keinen Theil an der republikanischen Niederlage. Michigan erwählte einen demokratischen Gouverneur, während die übrigen Staatsbeamten Republikaner sind; dort war also augenscheinlich die persönliche Unpopularität des republikanischen Gouverneur-Candidaten Schuld an seiner Niederlage. Virginia hat den „Readjusters" eine Majorität gegeben. Nevada ist wahrscheinlich demokratisch. Colorado, Illinois, Iowa, Kansas, Minnesota, Nebraska, New-Hampshire und Rhode Island haben sich ihren Republikanismus gewahrt, aber die Majoritäten sind gegen frühere Wahlen bedeutend verringert. Die Stimmung in der republikanischen Partei ist deshalb ziemlich gedrückt; es fehlt nicht an vernichtenden republikanischen Urtheilen über Chester A. Arthur und manche bittere Pille giebt ihm die „New-York Times" zu kosten. Die „New-Yorker Handelszeitung", auch ein republikanisches Blatt, meint, daß es noch Zeit sei für die Republikaner, sich das Vertrauen des Landes wieder zu erwerben und bei der Hauptschlacht 1884 den Sieg von Neuem zu erringen. Die Ursache der günstigen Resultate für die Demokraten ist jedenfalls neben der Arthur'schen Mißpolitik auch der Uebergang der meisten Deutschen in das demokratische Lager. Die Temperenzlerei, die unter der republikanischen Regierung immer mehr überwuchert und den Sonntag bezüglich der freien Bewegung aus dem Kalendarium auszuscheiden droht, ist den Deutschen schon lange verhaßt und mögen sie mit dem Gedanken, daß es schon so schlimm sei, daß es nicht schlimmer werden könne, ihre Stimmen den Demokraten gegeben und ihnen zu der seit 22 Jahren verlorenen Herrschaft verholfen haben. Wie der Sieg der Demokraten in der äußeren Politik wirken wird, ist vorläufig nicht zu entscheiden. Man schreibt ihnen Freihandelsprincipien zu, allein es ist doch die Frage, ob sie gleich — natürlich wenn sie auch 1884 siegen — die alten Traditionen der Republik über den Haufen werfen. In der Opposition erscheint manches in anderem Lichte als im Weißen Hause. Sei dem wie ihm sei, jedenfalls hat Europa alle Ursache, die politische Entwickelung der großen Republik zu verfolgen.

Aus dem preußischen Landtage

wird uns vom Donnerstag geschrieben:

Die Generaldebatte über den preußischen Etat ist nunmehr beendet, und dieselben Positionen wie früher sind der commissarischen Berathung überwiesen worden. Im Ganzen genommen hat sie nicht den großartigen Charakter gezeigt wie die sonstigen Budget-Debatten. Zeigt schon der erste Tag spärlich besetzte Bänke, so war dies am zweiten noch mehr der Fall, und auch das Publicum zeigte heute einen Mangel an Interesse; die Tribünen waren nur schwach besetzt. Und doch ließ der zweite Tag einen Redner zu Worte kommen, welcher durchaus gehört zu werden verdient. Prof. Adolph Wagner zeigte sich heute gewissermaßen als das enfant terrible der conservativen Partei, und ich glaube, diese wird es sich zweimal überlegen, ehe sie derselben noch einmal als ihren Fractionsredner vorschickt. Es ist richtig, Herr Wagner will eine höhere Börsensteuer; von der jetzigen behauptet er, sie treffe das Börsengeschäft fast gar nicht. Er fordert eine Börsenumsatzsteuer. Herr Wagner schwärmt auch für das Tabakmonopol, er befürwortet die Wiedereinführung der Mahl- und Schlachtsteuer, er will vor Allem eine größere Ausdehnung des indirecten Steuersystems. Aber wenn schon die Forderung des Monopols ihn durchaus nicht zum Conservativen stempelt, da über diese Frage seine Fractionsgenossen getheilter Meinung sind, so zeigt sich Herr Wagner auf der andern Seite, indem er nicht blos die Beibehaltung, sondern die organische Entwickelung der directen Steuern fordert, als einen Mann, der eher auf der liberalen als auf der conservativen Seite rangirt werden müßte. Es war denn auch nicht zu verwundern, daß Herr Wagner gegen den Schluß seiner Rede durch wiederholten Beifall von der linken Seite ausgezeichnet wurde und daß er nach Beendigung derselben hier lautere Bravos erntete als von seinen Parteigenossen.

Herr Büchtemann sprach zwar im Ganzen sachlich, doch ist er kein Redner, der zu packen versteht; er wußte das Haus nach der bedeutenden Rede, die es eben vernommen, nicht zu fesseln. Im Ganzen hat der Ton der Debatte diesmal durch die Abwesenheit des Herrn Eugen Richter gewonnen, indessen stimmen wir der „Kreuzzeitung" doch bei, daß die sachlichen Argumente desselben den Erörterungen größere Würze verliehen.

Des Weiteren ließen sich heute drei Minister vernehmen, Herr Maybach, welcher „einige graue Schatten", die auf den Eisenbahnetat gefallen seien, zu verscheuchen sich bemühte, Herr Dr. Friedberg, welcher die Verminderung der Proceße als ein günstiges Zeichen des sittlichen Wohlbefindens der Nation pries, und Herr Dr. Lucius, um nachdrücklich die Nothwendigkeit der Erhöhung des Holzzolles darzulegen. Alle Drei verdienen wenigstens die Anerkennung, daß sie die Zeit des Hauses nicht zu lange in Anspruch nahmen.

Im Uebrigen hat die Sitzung unerwarteter Weise gegen den Schluß hin ein gewisses dramatisches Interesse durch eine persönliche Plänkelei zwischen dem Vicepräsidenten unseres Staatsministeriums, Herrn v. Puttkamer, und dem Abgeordneten Dr. Hänel. Man muß es Herrn v. Puttkamer lassen, er versteht gewöhnlich, die Lacher auf seine Seite zu bringen und hat damit meist vorweg zur Hälfte gesiegt, nicht selten freilich auf Kosten des parlamentarisch Statthaften. Heute spielte er auf die Stellung des Herrn Hänel als Professor an und warf ihm Unfehlbarkeitsdünkel und katheder-ales Wesen vor. Doch Herr Hänel hatte bei seiner Erwiderung zwar nicht die Lacher, aber doch den ernsten Beifall fast des ganzen Hauses für sich, als er dies Anspielen auf persönliche Aeußerlichkeiten als unstatthaft zurückwies und um so mehr gestyte, als durch solchen Ton die Debatte verbittert würde.

Während der Sitzung des Abgeordnetenhauses fand auch in dem Ministerzimmer eine Conferenz des Staatsministeriums statt. Wie ich höre, handelte es sich um die Fertigstellung der Vorlage wegen Aufhebung der vier untersten Stufen der Classensteuer, welche indessen auch heute noch nicht erfolgt ist, so daß die Vorlage erst in nächster Woche an das Haus gelangen soll. Auch über die in Aussicht genommene Licenzsteuer haben bereits Besprechungen innerhalb des Staatsministeriums stattgefunden. Einstweilen sind mehrere Räthe mit der Aufstellung einer Scala beschäftigt, welche für die verschiedenen Arten der Geschäftsbetriebe je nach ihrer Ausdehnung verschiedene Stufen festsetzen sollen, und diese sollen wiederum verschieden sein nach der Größe der Orte, an denen sich der Betrieb befindet.

Man hatte sicher geglaubt, die heutige Tagesordnung völlig zu erledigen. Indessen ist es schließlich wegen der octroyirten Verordnung für Lauenburg noch zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der Linken gekommen. Herr Windthorst wußte in geschickter Weise zu balanciren, um sowohl seinem Gerechtigkeitsgefühl Genüge zu thun, als auch der Regierung nicht zu opponiren. Verfassungsmäßige Bedenken hat er nicht, doch will er gegen das ganze Gesetz stimmen, weil ohne Noth „historisches Recht gekränkt" worden sei. Die Debatte wird also morgen fortgesetzt, was einer Anzahl Conservativer ziemlich ungelegen kommt, da mit Sicherheit morgen und übermorgen die Sitzungen ausfallen sollten und sie sich bereits zur Abreise gerüstet hatten. Es ist indessen von den Führern die Ordre ausgegeben, daß die Conservativen morgen am Platze seien, da andernfalls zu besorgen wäre, daß gegen ihren und Herrn v. Puttkamer's Wunsch die Vorlage einer Commission überwiesen würde.

Es ist aufgefallen, daß der Cultusminister, Herr von Goßler, sowohl bei der Generaldebatte des Etats im Abgeordnetenhause, als auch zur heutigen Staatsministerialsitzung nicht erschienen ist. Wie ich höre, befindet sich derselbe seit drei Tagen unwohl und ist an das Zimmer gefesselt. Was die Verhandlungen mit Rom betrifft, so sind an ihn in den letzten Tagen höchst unbefriedigende Berichte gelangt. Es ist Thatsache, daß die Verhandlungen zwischen der Curie und unseren Gesandten, Herrn von Schloezer, sistirt sind und dieses Factum wird lediglich bestätigt durch die gewundenen Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche in einem besonderen Artikel darauf hinweist, daß Herr v. Schloezer nicht nur als Specialgesandter nach Rom geschickt worden ist, sondern in seiner Stellung dauernd beim päpstlichen Stuhle beglaubigt ist. Von Seiten Roms wird indessen wiederum auf weitere Nachgiebigkeit von Seiten der preußischen Regierung gerechnet und so ist denn Herrn Windthorst die Weisung zugegangen, vorläufig nicht angreifend vorzugehen. Hieraus erklärt sich sowohl sein als Herrn v. Schorlemer's Verhalten in der Generaldebatte und die völlige Ignorirung des Culturkampfes.

Die Auseinandersetzung zwischen der conservativen Partei des Abgeordnetenhauses und den Antifortschrittlern in Berlin ist gestern Abend erfolgt. Bekanntlich haben die Letzteren in Berlin die großen Minoritäten bisher nur dadurch erzielt, daß alle Schattirungen der Gegner der Liberalen sich vereinigten. Unter diesen gehört der größere Theil der Gruppe Henrici an, die nichts weniger als conservativ ist, und auch ein großer Theil der Anhänger Stöcker's steht nicht auf conservativem Boden, so daß der Herr Hofprediger noch nicht gewagt hat, seiner Partei den Namen der conservativen zu geben, da er befürchtet, daß alsdann die Arbeiter sich von derselben trennen würden. Daher entsprang der Gedanke, alle Gegner des Fortschritts unter dem Namen der Nationalen Partei zu sammeln. Herr Cremer, welcher ursprünglich für diesen Plan war, erklärte sich gestern Namens des C. C. C. in einer größeren Versammlung nach einer längeren Rede des Herrn v. Rauchhaupt gegen denselben, derselbe dürfte demnach in sich zerfallen, da Herr Luckhardt, der Director des „Deutschen Tageblatts" und unmittelbare Vorgesetzte des Herrn Cremer, sicherlich diesem die Erlaubniß zu seinem Auftreten ertheilt. Bemerkenswerthes ist sonst aus jener Versammlung nicht zu berichten, an welcher übrigens auch Graf Limburg-Stirum, bisher preußischer Gesandter in Weimar, Theil nahm.

* * *

Wir knüpfen an die vorstehende Correspondenz noch den folgenden Sitzungsbericht:

* Berlin, 23. November. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die erste Etatsberathung fort. Zunächst ergriff der Minister Maybach das Wort, um verschiedene in der vorangegangenen Debatte gelend gemachte Einwendungen gegen die Rentabilität der Staatseisenbahnen zu widerlegen, für das laufende, sowie für künftige Etatsjahre einen sehr günstigen Geschäftsabschluß vorauszusagen und der Befürchtung als könne die Finanzlage durch das Staatseisenbahnsystem geschädigt werden, entgegenzutreten. Justizminister Friedberg unterwarf seiner Kritik die Betrachtungen, welche von verschiedenen Seiten an die Mindereinnahmen aus Gerichtskosten geknüpft worden waren; es concurrirten dabei mancherlei Gründe, nicht die Höhe der Gerichtskosten allein, die man nur mit maßloser Uebertreibung mit einer Verweigerung der Justiz vergleichen könne, habe die Abnahme der Proceße herbeigeführt; mit einer Veränderung der Kostenberechnung werde die Reichsgesetzgebung befaßt werden. Abg. Adolph Wagner erörterte zunächst die segensreichen Folgen der Verstaatlichung der Eisenbahnen in finanzieller und wirthschaftlicher Hinsicht, kam dann auf die Waldwirthschaft zu sprechen, bezüglich deren er die Erhöhung der Holzzölle für durchaus discutirbar erklärte, da andern unsere besonnene Forstverwaltung nicht mit dem Raubbau des Auslands concurriren könne, und wandte sich dann zu den schwebenden Fragen der Finanz- und Steuerpolitik. Der Camphausen'schen Verwaltung machte er den Vorwurf, die günstige Finanzlage nicht zu einer Reform benutzt zu haben. Die Biersteuer auf Tabak könne er nicht als ersten Schritt zum Tabakmonopol anerkennen, von dem er übrigens lebhaft bedauere, daß es gefallen sei. Es sei keineswegs seine Meinung, mit dem System der directen Steuern gänzlich zu brechen, dasselbe müsse vielmehr einer organischen Reform unterzogen werden; daneben aber sei eine Ausdehnung der indirecten Steuern nothwendig. Ob die Steuererlasse aufrecht zu halten, sei noch jetzt der Discussion fähig. Der Aufhebung der vier untersten Classensteuerstufen stehe seine Partei sehr sympathisch gegenüber und wünsche auch die 5. und 6. Stufe aufgehoben; die zur Deckung vorgeschlagenen Licenzabgaben halte er für ganz berechtigt. Die Reform der directen Steuern müsse in der Richtung vorgenommen werden, daß die höheren Einkommenstufen stärker heranzuziehen und das mobile Capital besser besteuert werde; eine energische Börsensteuer und eine Reform der Stempelsteuern müßten hinzukommen. In unser directes Steuerwesen müsse ein mobiles Element kommen, wie es England in seiner Einkommensteuer besitze. An letztere Bemerkung anknüpfend vertheidigte Abg. Büchtemann die Forderung einer Classificirung der Einkommensteuer als altes liberales Princip; mit einer organischen Reform, nicht aber mit einem ganz mechanischen Eingriff in das System der directen Steuern sei auch die Fortschrittspartei einverstanden. Minister Lucius erörterte die Ursachen des Rückgangs bei den Einnahmen der Forstverwaltung und empfahl eine Erhöhung der Holzzölle. Hierauf wurde die Debatte geschlossen und der Antrag v. Brauchitsch betreffs der Ueberweisung einzelner Theile des Etats an die Budgetcommission angenommen. Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen ging das Haus zur Berathung der octroyirten Verordnung über die Vertretung des lauenburgischen Landescommunalverbandes über. Abg. Berling sprach für Commissionsberathung, Abg. v. Heydebrand für sofortige Genehmigung der Vorlage. Nachdem noch verschiedene conservative Redner, darunter der Minister v. Puttkamer, für Plenarberathung gesprochen und die Loyalität des Vorgehens nachgewiesen sich bemüht hatten, mehrere liberale Redner aber Commissionsberathung empfohlen und die Gesetzmäßigkeit des von der Regierung eingeschlagenen Verfahrens im Zweifel gezogen hatten, namentlich der Abg. Hänel, wurde die weitere Berathung auf Freitag vertagt.

Sachsen.

* Leipzig, 24. November. Für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen hat sich, gutem Vernehmen nach, das Allgemeine Wahl-Comité inzwischen wieder gebildet. Dasselbe besteht aus etwa 200 angesehenen Bürgern unserer Stadt, aus allen Berufsclassen und Parteischattirungen, und ist lediglich zu dem Zwecke zusammengetreten, sich mit Aufstellung einer Candidatenliste zu beschäftigen. Sobald die nöthigen einzuleitenden Schritte gethan sind, wird das Comité die Liste zur Veröffentlichung und zum Vorschlag an seine Mitbürger bringen, und für die Empfehlung seiner Candidaten mit Namensunterzeichnung eintreten.

* Leipzig, 24. November. Das eingetretene Thauwetter und die anhaltenden Niederschläge der letzten Tage haben den Flüssen wiederum bedeutende Wassermassen zugeführt, so daß ein abermaliges Austreten der Wasserläufe in den Niederungen zu befürchten steht.

* Leipzig, 24. November. Die verschiedenen, zur Erneuerung oder Erweiterung des Pferdebahnnetzes vorgenommenen Arbeiten hatten durch den plötzlich eingetretenen Schneefall einen unerwünschten Aufschub erfahren, so daß insbesondere die neue Linie Leipzig-Reuschönefeld in ihrer letzten Strecke, d. h. an der Bahnhofstraße entlang nicht rasch genug weitergebaut werden konnte. In den letzten Tagen ist jedoch in Folge der milderen Temperatur mit aller Energie die Arbeit derartig gefördert worden, daß das Gleis bereits an die Augustusplatz-Linie herannreicht, der Betrieb also noch im alten Jahre aufgenommen werden dürfte.

SLUB
Wir führen Wissen.